

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

Präventive Schuldenberatung

Seit der Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 13. Juli 2010 besteht ein Anspruch auf eine kostenlose Schuldenberatung nur noch für Menschen, die bereits Grundsicherungsleistungen (Hartz IV) beziehen. Zuvor hatten auch Menschen einen Anspruch, die über ein Einkommen verfügen, das knapp oberhalb der Grenze der Höhe zum Transferleistungsanspruch liegt sowie von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen. Mit einer erfolgreichen sozialen Schuldenberatung konnte für Erwerbstätige mit geringem Einkommen und Arbeitslosengeld-I-Empfänger/Empfängerinnen ein Eintritt von Arbeitslosigkeit vermieden werden, bevor bei diesen Hilfebedürftigkeit entstand. Diese Praxis der präventiven Schuldenberatung ist allerdings mit der genannten Entscheidung des Bundessozialgerichts beendet worden.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Voraussetzungen müssen Träger der Schuldenberatung erfüllen, damit sie nach Landesrecht als solche anerkannt werden?
2. Wie bewertet der Senat die derzeitige Lage der Menschen, die über ein Einkommen verfügen, das knapp oberhalb der Grenze zum Transferleistungsbezug nach dem SGB liegt?
3. Wie bewertet der Senat die Lage der prekär beschäftigten und von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen, die die Kosten einer Schuldenberatung vollständig selbst zu tragen haben?
4. Welche Auswirkungen hat die Lage dieser Menschen auf die Beratungstätigkeit der Schuldenberatungsstellen in Bremen?
5. Welche Vorgehensweisen anderer Kommunen sind dem Senat bekannt, die den betroffenen Menschen eine Schuldenberatung ermöglichen, ohne dass diese die gesamten Kosten dafür tragen müssen?
6. Ist aus Sicht des Senats das „Hamburger Modell“, bei dem es eine Staffelung des zu erbringenden Eigenanteils an den Beratungskosten gibt, auch in Bremen umsetzbar?
7. Welche Maßnahmen wird der Senat ergreifen, damit zukünftig wieder allen Bremerinnen und Bremern eine bezahlbare Schuldenberatung möglich ist?

Susanne Wendland,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klaus Möhle,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD